



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NEU WULMSTORF

Kommunalwahl- programm 2026

**Ökologisch. Sozial.
Zukunftsfähig.**

MACH'S GRÜN

**Am 13.9.
Grün
wählen!**

Inhalt

Präambel	3
Klimaschutz und Klimafolgenanpassung	4
Energie	9
Mobilität	13
Bauen und Wohnen	17
Bildung	21
Gesundheit und Pflege	25
Soziales	29
Finanzen und Wirtschaft	34



Präambel

Am 13.9.
Grün
wählen!

Neu Wulmstorf steht vor großen Herausforderungen: Ein fortschreitender Klimawandel verändert unseren Alltag, bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und auch die Mobilität muss neu gedacht werden.

Gleichzeitig bieten sich Chancen: Eine gut geplante Energiewende bringt neue Einnahmen für unsere Gemeinde, moderne Bildungsangebote bereiten unsere Kinder besser auf die Zukunft vor und eine gute Gesundheitsversorgung sichert Lebensqualität für alle. Unsere Gemeinde braucht Transformation: vom Sanierungsfall Freibad zum modernen Naturbad, von Beton- und Schotterwüsten zu klimaangepassten Grünflächen, von ausgefallenen S-Bahnen zu einem integrierten ÖPNV bis vor die Haustür mit On-Demand oder Leihrad.

Wir GRÜNE in Neu Wulmstorf stehen für eine Politik, die Probleme angeht statt sie nur zu verwalten. Wir wollen eine lebendige, vielfältige Gemeinde, in der alle Menschen gut leben können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen. Dieses Programm zeigt konkret, wie wir Neu Wulmstorf gestalten wollen: ökologisch, sozial und zukunftsfähig.



Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Am 13.9.
Grün
wählen!

Klimaschutz ist Menschenchutz. Deshalb hat sich Neu Wulmstorf zurecht als Klimakommune bezeichnet und der Klimaschutz-Charta des Landkreises Harburg angeschlossen. Unser Ziel: Bis 2040 klimaneutral zu sein.

Die letzten Jahre haben uns deutlich gezeigt: Die Klimakrise ist längst da. Heiße, trockene Sommer schädigen unsere Wälder, Starkregen führt zu Überschwemmungen.

Jetzt nicht zu handeln wird im Nachhinein teurer werden, als heute Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Wir fordern ein eigenes Budget für die Klimafolgenanpassung und arbeiten eng mit dem KlimaForum Neu Wulmstorf zusammen.

Klimaschutz systematisch verankern

Alle Verordnungen, Maßnahmen und Förderprogramme der Gemeinde müssen auf ihre Klimaauswirkungen geprüft und bewertet werden. Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Klimabilanz führen, müssen unterbleiben. Nur so können wir sicherstellen, dass Klimaschutz nicht nur Absichtserklärung bleibt, sondern in allen kommunalen Entscheidungen konsequent mitgedacht wird.

Mehr Grün für ein besseres Klima

Möglichst viel Grün im bebauten Bereich ist entscheidend für die Klimaanpassung:

Bäume spenden Schatten und jede grüne Pflanze hat aufgrund der Verdunstung an ihrer Oberfläche einen kühlenden Effekt. Deshalb setzen wir uns ein für:

- **Schutz alter Bäume:** Vorhandene Laubbäume im bebauten Bereich unserer Kommune müssen geschützt werden. Sie sind über Jahrzehnte gewachsen und leisten bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag zum Stadtklima. Ihr Verlust wäre nicht wieder gutzumachen.

- **Neue Bäume im Kernort:** Pflanzung großkroniger neuer Bäume, besonders im Kernort zur Beschattung und zum Schutz der Bevölkerung – zum Beispiel vor dem Rathaus. Gerade in den verdichteten innerörtlichen Bereichen ist die sommerliche Überhitzung besonders stark spürbar.
- **Bäume auf Parkplätzen:** Auf neuen oder umgestalteten Parkplätzen muss grundsätzlich ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätze gepflanzt werden, insofern sich die überschattete Fläche nicht zum Bau von Photovoltaikanlagen eignet. Parkplätze heizen sich im Sommer extrem auf – Bäume schaffen hier Abhilfe und verbessern gleichzeitig das Ortsbild.
- **Entsiegelung und Bepflanzung:** Entsiegelung und Bepflanzung von gepflasterten Flächen, besonders im Kernort, zum Beispiel vor dem Rathaus in Neu Wulmstorf. Versiegelte Flächen speichern Hitze und lassen kein Regenwasser versickern – ihre Entsiegelung ist ein doppelter Gewinn.
- **Naturrasen auf Sportplätzen erhalten:** Auch Kunstrasenplätze stellen eine Versiegelung der Landschaft dar, vernichten Grünflächen und sind Verursacher von Umweltverschmutzung durch Plastik. Wir fordern daher, keine weiteren Sportplätze in Kunstrasenplätze umzuwandeln.
- **Dach- und Fassadenbegrünung:** Förderung der Begrünung von Fassaden und Dächern. Begrünte Dächer und Fassaden kühlen Gebäude auf natürliche Weise, sparen Energiekosten und schaffen zusätzlichen Lebensraum für Insekten und Vögel.
- **Naturnahe Privatgärten:** Förderung der naturnahen Gestaltung privater Gärten. Monotone Rasenflächen und Schottergärten bieten weder Insekten noch dem Klima einen Nutzen. Naturnahe Gärten mit heimischen Pflanzen dagegen sind artenreich und klimafreundlich.
- **Begrünung in Baugebieten:** Nicht bebaute Flächen in Baugebieten müssen naturnah begrünt werden. Auch in neu erschlossenen Gebieten muss von Anfang an auf ausreichend Grün geachtet werden.

Artenvielfalt schützen, Biotopverbund stärken

Der Verlust der Artenvielfalt ist neben der Klimakrise eine der größten Umweltkrisen unserer Zeit. Beides hängt eng zusammen: Intakte Ökosysteme sind widerstandsfähiger gegen den Klimawandel. Deshalb setzen wir uns ein für:

- **Biotopverbund aufbauen:** 10% der Fläche unserer Gemeinde sollen als Biotopverbund wirksam geschützt werden. Es geht um Hecken, Alleen, Feldgehölze, Kleingewässer, Wegseitenräume, Feldraine und andere Strukturen. Viele Arten können nur überleben, wenn verschiedene Lebensräume miteinander verbunden sind.
- **Blühende Wiesen anlegen:** Anlegen von blühenden Wiesen (Wildblumen) für mehr Biodiversität in der Natur und Feldmark um uns herum. Wildblumenwiesen sind Nahrungsquelle für Insekten und damit Grundlage für das gesamte Ökosystem.

- **Seitenräume als Biotope:** Die Seitenräume der öffentlichen Wege der Gemeinde sollen als Biotopstrukturen entwickelt werden. Diese oft ungenutzten Flächen können ohne großen Aufwand zu wertvollen Lebensräumen werden.
- **Eingriffe kompensieren:** Eingriffe in die Natur aufgrund der Ausweisung von Bauflächen müssen durch Aufwertungen an anderer Stelle vollständig kompensiert werden. Jeder Quadratmeter Natur, der verloren geht, muss anderswo wieder entstehen – mindestens in gleichem Umfang und gleicher Qualität.
- **Pestizide vermeiden:** Der Einsatz von Pestiziden auf öffentlichen Flächen unserer Gemeinde muss komplett vermieden werden. Pestizide schädigen nicht nur die Zielorganismen, sondern die gesamte Nahrungskette. Als Kommune können wir mit gutem Beispiel vorangehen.
- **Mähroboter regulieren:** Den nächtlichen Einsatz von Mährobotern zum Schutz von Igel und anderen nachtaktiven Tieren untersagen. Mähroboter werden zu tödlichen Fallen für nachtaktive Tiere, die sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen können.

Wald schützen und klimastabil umbauen

Wälder sind überlebenswichtige CO₂-Speicher und Lebensraum für unzählige Arten. Die Dürrejahre haben ihnen stark zugesetzt. Deshalb wollen wir:

- **Naturnahen Waldumbau:** Der Wald im Eigentum der Gemeinde soll naturnah umgebaut werden. Monokulturen sind anfällig für Schädlinge und Dürre. Mischwälder mit heimischen Arten sind widerstandsfähiger und ökologisch wertvoller.
- **Entwässerungsgräben zurückbauen:** Eventuelle Entwässerungsgräben in unseren gemeindeeigenen Wäldern müssen zurückgebaut werden. Das erhöht den Grundwasserspiegel und schützt den Wald vor Dürreschäden. Trockene Wälder sind anfälliger für Brände und Schädlinge.

Landwirtschaft im Wandel unterstützen

Die Landwirtschaft ist einerseits vom Klimawandel betroffen, andererseits Teil der Lösung:

- **Zusammenarbeit mit Landwirt:innen:** Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit den Landwirt:innen in der Gemeinde an. Klimaschutz gelingt nur gemeinsam – Landwirt:innen sind Bewirtschafter:innen unserer Kulturlandschaft und wichtige Partner:innen.
- **Biolandwirtschaft fördern:** Wir wollen Landwirt:innen unterstützen, die sich für den Umbau auf Biolandwirtschaft entscheiden. Ökologische Landwirtschaft schont Böden, Grundwasser und Artenvielfalt.

Wasser intelligent managen - Schutz vor Starkregen und Dürre

Der Klimawandel bedeutet mehr Extreme: längere Trockenperioden und heftigere Starkregenereignisse. Deshalb müssen wir:

- **Regenwasser versickern lassen:** Das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser soll ortsnahe versickert und nicht in die Kanalisation abgeleitet werden. Versickertes Wasser füllt das Grundwasser auf, entlastet die Kanalisation und verhindert Überschwemmungen.
- **Schutz vor Starkregen:** Entsiegelung asphaltierter und gepflasterter Flächen sowie Anlegen von Becken und Gräben zum Schutz vor Starkregen. Bei Starkregen kann die Kanalisation die Wassermassen oft nicht mehr aufnehmen – Versickerungsflächen und Rückhaltebecken schaffen Abhilfe.
- **Ausgleichsflächen für Hochwasser:** Ausgleichsflächen für Hochwasser finden, um die Bevölkerung bei Starkregen und Überschwemmungen zu schützen. Wir brauchen Flächen, die bei Starkregenereignissen kontrolliert überflutet werden können.
- **Überschwemmungsgebiete freihalten:** Überschwemmungsgebiete müssen konsequent von Bebauung freigehalten werden. In Überschwemmungsgebieten zu bauen gefährdet nicht nur die dort lebenden Menschen, sondern verschärft auch flussabwärts die Hochwassergefahr.
- **Mehr Wasserspender:** Mehr Wasserspender in unserer Gemeinde einrichten. An heißen Sommertagen ist der Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen wichtig – besonders für ältere Menschen, Kinder und Menschen, die im Freien arbeiten.

Moore schützen - Klimaschutz im Torf

- **Moore vernässen:** Wir treten dafür ein, unsere Moore wieder zu vernässen und zu schützen. Trockengelegte Moore setzen riesige Mengen CO₂ frei. Wiedervernässte Moore werden wieder zu CO₂-Speichern und sind wichtige Lebensräume.

Transparenz und Beteiligung

- **Klima-Dashboard:** Wir setzen uns ein für ein öffentliches und online Klima-Dashboard. Nur wenn Fortschritte und Herausforderungen transparent gemacht werden, kann die Bevölkerung den Klimaschutz aktiv mittragen und einfordern.
- **Information der Bevölkerung:** Wir setzen uns dafür ein, die Bevölkerung zur Vorsorge und zum Schutz vor den Klimafolgen zu informieren. Jede und jeder kann sich vorbereiten – auf Hitzeperioden, Starkregen oder andere Extremwetterereignisse. Dafür braucht es aber gute Information.

Umweltschutz konkret: Gegen die B3neu und die Rübker Umgehung, für einen Rückbau der B73

Wir positionieren uns klar gegen die Umgehungsstraße B3neu um Elstorf und gegen Pläne für eine Umgehungsstraße um Rübke. Die Projekte sind aus Gründen des Umweltschutzes eine zu schwerwiegende Belastung für die Umwelt: Die versiegelten Flächen, der Eingriff in den Ketzendorfer Wald und die Moore bei Buxtehude, die Belastung der Natur und die zusätzliche Förderung des Autoverkehrs stehen im Widerspruch zu allen Klimaschutzzielen. Statt neue Straßen zu bauen, müssen wir den Verkehr verlagern und reduzieren.

Mit der Fertigstellung der A26 bis Hamburg wird die B73 heruntergestuft werden. In diesem Zuge fordern wir, die bereitgestellten Mittel für einen Rückbau der Hauptstraße (B73) auf 2 Spuren in der Ortslage Neu Wulmstorf zu verwenden. Die freiwerdenden Flächen sollen neben dem Bau breiter Fuß- und Radwege flächendeckend entsiegelt und soweit möglich renaturiert werden.



Energie

Die Energiewende aktiv gestalten

Am 13.9.
Grün
wählen!

Der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft und unserer Energieversorgung ist nicht zum Null-Tarif zu haben, aber kein Klimaschutz ist um Längen teurer.

Wir sehen die dafür nötigen Veränderungen nicht nur als Verantwortung unseren Kindern und Enkeln gegenüber, sondern auch als Chance für alle Menschen, die hier leben.

Die Energiewende bringt konkrete Vorteile für Neu Wulmstorf

Die Energiewende ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht:

- **Mehr Geld für freiwillige Leistungen:** Durch die Akzeptanzabgabe, die von der rot-grünen Landesregierung eingeführt wurde, entlastet jede Windkraftanlage mit ca. 30.000 Euro pro Jahr und jede große Freiflächenphotovoltaikanlage mit ca. 10.000 Euro pro Jahr unseren kommunalen Haushalt. Dieses Geld darf nicht für Aufgaben verwendet werden, zu denen die Kommune sowieso verpflichtet ist, sondern es muss für sogenannte freiwillige Leistungen zum direkten Nutzen von uns allen genutzt werden: für unser Freibad, die Gestaltung unserer öffentlichen Flächen, für Klimaanpassungen oder zur Förderung der örtlichen Vereine.
- **Beteiligung vor Ort:** Darüber hinaus müssen den betroffenen Bürger:innen oder der Gemeinde eine Beteiligung am Windpark oder der Photovoltaikanlage angeboten werden. Dadurch bleibt weiteres Geld vor Ort – und die Menschen profitieren direkt von den Anlagen in ihrer Nähe.
- **Unabhängigkeit von Diktaturen:** Die Abkehr von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl macht uns unabhängig von den Diktaturen und Autokratien dieser Welt. Zudem unterstützen wir die Diktaturen nicht durch unsere Käufe. Die fossile Abhängigkeit hat uns erpressbar gemacht und autoritäre Regime finanziert – erneuerbare Energien machen uns frei.

- **Günstigster Strom:** Erneuerbare Energien liefern den günstigsten Strom und entlasten dadurch jeden Haushalt direkt. Wind- und Sonnenstrom haben keine Brennstoffkosten – und je mehr wir davon haben, desto stabiler und günstiger werden die Strompreise.

Die Energiewende in Neu Wulmstorf kann erfolgreich gelingen, wenn wir sie selber vor Ort aktiv gestalten. Die Menschen, die hier leben, kennen die Gegebenheiten vor Ort am besten. Deshalb müssen sie die Möglichkeit bekommen, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen.

Windkraftausbau mit Strategie

Jede Windkraftanlage ist ein Eingriff in unsere Natur. Aber verglichen mit den Eingriffen, die durch den Kohleabbau oder das Fracking von Gas nötig sind, ist es ein deutlich kleinerer.

Deshalb sehen wir GRÜNEN das vom Landkreis vorgegebene **Flächenziel von 2,4% der Gemeindefläche** für den Bau von Windkraftanlagen als unumstößlich an.

Unsere Wälder sind überlebenswichtiger Lebensraum für alle Tiere und darüber hinaus eine wichtige CO₂-Senke.

Deshalb werden wir die Kriterien für die entsprechenden Flächen so auswählen, dass für den Bau von Windparks möglichst keine Bäume gefällt werden – auch wenn die Windkraftanlagen dadurch etwas näher an die Siedlungen herangebaut werden müssen. Moderne Windkraftanlagen sind erheblich leiser als ältere Modelle, und der Schutz unserer Wälder wiegt schwerer als ein etwas größerer Abstand zu Wohngebäuden.

- **Gemeinderat soll aktiv gestalten:** Unter diesen Maßgaben soll der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Landkreis eine Windstrategie entwickeln und darin selber aktiv konkrete Windkraft-Vorzugsgebiete festlegen, anstatt dass wir den Flächenvorschlag vom Landkreis einfach so annehmen. Wir kennen unsere Gemeinde am besten und wissen, wo Windkraft mit den geringsten Konflikten realisiert werden kann.
- **Ardestorf vorantreiben:** Der von der BürgerEnergie Buxtehude eG geplante Windpark in Ardestorf soll schnellstmöglich gebaut werden. Natürlich müssen beim Bau alle umweltrechtlichen Auflagen (Abschaltautomatik, Ausgleichsflächen für den Artenschutz) befolgt werden. Dieser Windpark ist ein Paradebeispiel für Bürgerenergie – die Menschen vor Ort sind beteiligt und profitieren direkt.

Ausbau von Photovoltaik

Viele Hausbesitzer:innen in Neu Wulmstorf beteiligen sich schon aktiv an der Energiewende und kommen darüber hinaus schon in den Genuss vom selbsterzeugten

Strom durch die Solaranlage auf dem Dach. Die Gemeinde muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

- **Kommunale Gebäude ausstatten:** Die Gemeinde soll sich dem anschließen und bis 2027 alle kommunalen Gebäude mit Photovoltaik ausstatten. Als Kommune haben wir eine Vorbildfunktion – und gleichzeitig senken wir unsere Stromkosten dauerhaft.
- **Kommunale Parkplätze prüfen:** Ebenso sollen alle Parkplätze in Gemeindehand daraufhin geprüft werden, ob sie sich für Photovoltaik-Überdachungen eignen. Parkplätze sind ohnehin versiegelte Flächen – mit PV-Überdachungen werden sie doppelt nützlich: Sie erzeugen Strom und spenden Schatten für parkende Autos.

Vor allem schon versiegelte Flächen (Dächer, Parkplätze) eignen sich hervorragend für den Aufbau einer Photovoltaikanlage.

- **PV-Pflicht konsequent durchsetzen:** Deshalb werden wir GRÜNEN auf die Verwaltung einwirken, die niedersächsische PV-Pflicht für Neubauten und Sanierungen von Gebäuden und Parkplätzen konsequent durchzusetzen. Diese Pflicht gibt es aus gutem Grund – wir müssen sicherstellen, dass sie auch tatsächlich eingehalten wird.
- **Agri-PV unterstützen:** Auch auf manchem Acker lassen sich Photovoltaikanlagen installieren. Landwirt:innen sollen deshalb bei dem Ausbau von Agri-PV von der Gemeinde unterstützt werden. Bei Agri-PV wird der Boden weiterhin landwirtschaftlich genutzt – die Module stehen hoch genug, dass darunter Ackerbau oder Weidewirtschaft möglich bleibt. So können Landwirt:innen zwei Ernten von derselben Fläche holen: Nahrungsmittel und Energie.
- **Solarstrategie mit Bürger:innenbeteiligung:** Auch bei dem Ausbau von Photovoltaik auf Freiflächen werden wir eine Solarstrategie entwickeln. Dem Ziel der rot-grünen Landesregierung folgend, wollen wir mit Beteiligung der Bürger:innen mindestens 0,5% der Neu Wulmstorfer Freifläche zu „Sonderflächen PV“ festlegen. Transparente Planung mit Beteiligung schafft Akzeptanz – und stellt sicher, dass wir die richtigen Flächen auswählen.

Planungssicherheit fürs Heizen

Auch beim Heizen müssen wir auf klimaneutrale Technologien umbauen. Die kommunale Wärmeplanung hat ergeben, dass es dafür in Neu Wulmstorf je nach Gebäudestandort vor allem zwei Möglichkeiten gibt: Fernwärme oder Wärmepumpen.

Damit alle Hausbesitzer:innen wissen, welche Möglichkeiten sie haben, wenn sie eine defekte Heizung austauschen müssen, werden wir GRÜNEN die Planung der Fernwärmenetze schnellstmöglich abschließen. Nichts ist schlimmer, als im Winter ohne Heizung dazustehen und unter Zeitdruck eine Entscheidung treffen zu müssen, die für die nächsten 20 Jahre gilt.

- **Ausweisungsbeschlüsse frühzeitig:** Die dafür nötigen Ausweisungsbeschlüsse sollen gezielt frühzeitig beschlossen werden. Das schafft Planungssicherheit und

vermeidet den fossilen Lock-In. Wer heute eine neue Gasheizung einbaut, sitzt in 20 Jahren auf einer Investitionsruine – denn spätestens 2045 ist mit Gas und Öl Schluss.

- **Fernwärmenetze schnellstmöglich ausbauen:** Die nötigen Fernwärmenetze sollen schnellstmöglich ausgebaut werden. Je schneller das Fernwärmenetz steht, desto schneller haben die Menschen Gewissheit und können entsprechend planen.
- **Anschluss als Option, nicht als Pflicht:** Der Anschluss an das Fernwärmenetz soll eine Option sein, keine Pflicht. Wir wollen attraktive Angebote schaffen, nicht Zwang ausüben. Wenn Fernwärme günstig und zuverlässig ist, werden die Menschen sie nutzen – freiwillig.
- **Datum für Gasnetz-Abschaltung festlegen:** Die Fixkosten für das Gasnetz kann unser örtlicher Netzbetreiber (ElbEnergie GmbH) komplett auf alle angeschlossenen Haushalte umlegen. Das heißt: Je weniger noch eine Gasheizung verbaut haben, desto teurer wird es für die verbliebenen Angeschlossenen. Deshalb werden die GRÜNEN zusammen mit der ElbEnergie GmbH das Datum für das Abschalten des Gasnetzes bis 2040 schnellstmöglich festlegen. Auch das sorgt für weitere Planungssicherheit – und verhindert, dass die letzten Gasnutzer:innen immer höhere Netzentgelte zahlen müssen, während um sie herum alle anderen schon auf klimafreundliche Alternativen umgestiegen sind.



Mobilität

Für alle sicher unterwegs

Am 13.9.
Grün
wählen!

Gute Mobilität bedeutet für uns: Sichere Wege für Kinder, die selbstständig zur Schule kommen, zuverlässige Verbindungen für Berufspendler:innen, barrierefreie Angebote für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen.

Wir setzen auf die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer:innen statt auf eine autogerechte Gemeinde.

Mobilität ist auch eine Klimafrage: Nur wenn öffentlicher Nahverkehr und Radverkehr attraktive Alternativen zum Auto sind, werden Menschen umsteigen. Und nur so erreichen wir unsere Klimaziele.

Das Carsharing-Programm bietet eine flexible und nachhaltige Mobilitätslösung für die Gemeinschaft.

Es fördert die Nutzung von Fahrzeugen auf eine nachhaltige Weise und bietet eine attraktive Alternative zum eigenen Auto.

Weniger Autos in der Gemeinde bedeuten weniger Parkplatzprobleme, weniger Verkehrsaufkommen und die Reduzierung des Platzbedarfs für parkende Fahrzeuge.

Wir setzen hierbei auf Carsharing-Anbieter aus dem Umland, bevorzugt in Trägerschaft von Vereinen oder lokalen Unternehmen.

Öffentlicher Nahverkehr - zuverlässig und attraktiv

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat der Verkehrswende. Wer auf Bus und Bahn umsteigen soll, braucht Verlässlichkeit und gute Verbindungen.

■ **S5 nachhaltig verbessern:** Seit Jahren leiden die Nutzer:innen unter der mangelnden Zuverlässigkeit der S-Bahn Hamburg, besonders betroffen scheint die Linie S5 im Abschnitt Neugraben-Stade. Die Zuverlässigkeit muss auch vor dem Hintergrund des Klimawandels verbessert werden, weil sonst ein Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr nicht erfolgen wird. Wir

fordern, dass die DB InfraGO die Infrastruktur nachhaltig verbessert, die S-Bahn Hamburg einen zuverlässigen Betrieb sicherstellt und das Land Niedersachsen die Qualität nachhaltig überwacht. Verspätungen, Zugausfälle und überfüllte Züge vergraulen selbst die motiviertesten ÖPNV-Nutzer:innen – das muss sich ändern.

- **10-Minuten-Takt tagsüber, 20-Minuten-Takt ausweiten:** Wir GRÜNEN werden Hamburg und Niedersachsen auffordern, zwischen Neugraben und Buxtehude wochentags zwischen 5 und 20 Uhr einen 10-Minuten-Takt zu realisieren. Außerdem fordern wir eine Ausweitung des 20-Minuten-Takts auf die Wochenenden, wo heute ein 30-Minuten-Takt die Regel ist. Ein dichter Takt bedeutet: Nicht mehr auf die Minute genau planen müssen, sondern einfach zum Bahnhof gehen und wissen, dass bald ein Zug kommt. Das macht den ÖPNV wirklich alltagstauglich.
- **Busverbindungen sichern und ausweiten:** mit der Abschaffung der Linie 40 zwischen Fischbek und der Heidesiedlung wurde eine wichtige Verbindung gekappt. Diese muss zeitnah wiederhergestellt werden. Für die nördlichen und südlichen Ortsteile streben wir bessere Takte und gesicherte Anschlüsse an. Mittelfristig fordern wir direkte Busverbindungen nach Buchholz und nach Ovelgönne und Immenbeck.
- **ÖPNV-Anbindung für Pflegeheime:** Gerade ältere Mitbürger:innen, die in Alten- und Pflegeheimen leben, sind auf den ÖPNV angewiesen, weil sie sich neben den teuren Heimkosten nicht auch noch ein Auto leisten können. Wir fordern, die Anbindung der bestehenden Heime an das Busnetz zu verbessern. Mobilität ist Teilhabe – wer nicht wegkommt, ist isoliert. Das dürfen wir nicht zulassen.
- **On-Demand-Verkehr aus Hamburg ausweiten:** Seit 2026 fährt der Hamburger On-Demand-Verkehr „hop“ bis an die Landesgrenze in Fischbek und Neuenfelde. Wir fordern eine Ausweitung des Bediengebiets mindestens auf den Kernort Neu Wulmstorf und Rübke. Eine Anbindung aller Ortsteile ist zu prüfen. Durch bestehende Strukturen und vorhandene Fahrzeuge erwarten wir uns eine kostengünstige Anbindung.

Radverkehr – sicher, schnell, komfortabel

Das Fahrrad ist das ideale Verkehrsmittel für kurze und mittlere Strecken: klimafreundlich, gesund, günstig und platzsparend. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit mehr Menschen aufs Rad umsteigen.

- **Radschnellweg Hamburg-Stade vorantreiben:** Auf dem Gemeindegebiet läuft nur ein kurzer Abschnitt des geplanten Radschnellweges von Stade nach Hamburg. Während in Hamburg bereits weite Teile der Route fertig geplant und zum Teil umgesetzt sind, tut sich in den Kreisen Harburg und Stade nichts. Wir GRÜNEN wollen einen Ausbau des Teilstücks zwischen Bahnübergang Liliencronstraße und Wulmstorfer Wiesen im Radschnellweg-Standard. Da Bund und Land für solche Projekte Förderungen bis zu 90% der Mittel ermöglichen, sollte eine Umsetzung auch in Zeiten knapper Kassen möglich sein! Radschnellwege sind breit, gut beleuchtet und vorfahrtsberechtigt – sie machen das Radfahren attraktiv auch für längere Pendelstrecken.

- **Abstellanlagen in der Bahnhofstraße:** Nach Bauordnung sind Gewerbetreibende verpflichtet, Abstellanlagen für Fahrräder vor ihren Gebäuden aufzustellen. Besonders in der Bahnhofstraße mit ihren vielen Läden fehlen die Anlagen aber oder sie sind ungeeignet. Wir GRÜNEN fordern, dass die Gemeindeverwaltung hier tätig wird und die betroffenen Grundeigentümer:innen bzw. Mieter:innen direkt anspricht, damit Verbesserungen erreicht werden. Wer mit dem Rad zum Einkaufen kommt, braucht einen sicheren Platz zum Anschließen – sonst bleibt das Rad zu Hause.
- **Stadtrad-Stationen einrichten:** Wir GRÜNEN haben bereits im Rat die Einrichtung mindestens einer Stadtrad-Station beantragt. Dies macht jedoch nur Sinn, wenn der Landkreis mitspielt und auch in anderen Gemeinden des südlichen Speckgürtels solche Stationen entstehen. In Hamburg steht 2029 eine Neuausschreibung des Stadtrad-Angebotes auf der Agenda. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot über die Landesgrenzen ausgeweitet wird. Leihräder ergänzen den ÖPNV perfekt: Mit der S-Bahn zum Bahnhof, dann mit dem Stadtrad zur Arbeit oder zum Einkaufen – flexibel und klimafreundlich.

Verkehrssicherheit – besonders für die Schwächsten

Verkehrssicherheit ist keine Nebensache. Besonders Kinder, ältere Menschen und Radfahrende brauchen Schutz vor zu schnellem und rücksichtslosem Autoverkehr.

- **Mehr mobile Blitzer und Kontrollen des ruhenden Verkehrs:** Die Gemeinde hat viele sogenannte Verkehrsdisplays aufgestellt, die Autofahrenden die aktuell gefahrene Geschwindigkeit anzeigen. Deutlich wirksamer sind jedoch Blitzer, die bei zu hohem Tempo Strafen nach sich ziehen. Damit wird eine nachhaltigere Wirkung erzielt als mit den Verkehrsdisplays. Wir GRÜNEN werden gegenüber dem Landkreis darauf drängen, dass mehr mobile Blitzer eingesetzt werden, um die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer:innen zu verbessern. Darüber hinaus fordern wir von der Gemeinde die konsequente Ahndung von Parkverstößen auf Geh- und Radwegen, in Kurven, an Fußgängerüberwegen und an Haltestellen. Wer zu schnell fährt oder sein Fahrzeug rücksichtslos abstellt, muss mit Konsequenzen rechnen – nur so wird aus freiwilliger Einsicht verlässliches Verhalten.
- **Sichere Schul- und Kitawege – zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Bus:** Damit Kinder und Jugendliche eigenständig den Weg zur Schule zurücklegen können, ist eine sichere und attraktive Infrastruktur abseits des Autoverkehrs erforderlich. Elterntaxis verstopfen die Straßen vor Schulen und gefährden paradoxerweise gerade die Kinder, die sie schützen sollen. Wir GRÜNEN werden darauf drängen, dass flächendeckend Handlungskonzepte durch die Verwaltung erstellt und umgesetzt werden. Zu Schulbeginnzeiten sind Schwerpunktkontrollen an Schul- und Kitawegen durchzuführen. Sichere Radwege und Fußwege müssen eine Selbstverständlichkeit sein – sie fördern die Selbstständigkeit der Kinder und entlasten den Verkehr.
- **Fußgängerüberwege, Tempo 30 und verkehrsberuhigte Bereiche:** Die Verwaltung hat mit der Ausweisung flächendeckender Tempo-30-Zonen im Kernort in Anwendung der neuen StVO bereits einen großen Schritt getan, den wir honorieren.

Nun müssen die Spielräume der StVO weiter konsequent zugunsten der Verkehrssicherheit für zu Fuß gehende angewendet werden. Wir fordern auf allen Schulwegen einschließlich Zuwegungen zum Bahnhof Fußgängerüberwege („Zebrastrifen“). Außerdem sind Anwohnerstraßen ohne verbindende Wirkung flächendeckend als verkehrsberuhigte Bereiche auszuweisen („Spielstraßen“). Wir wollen die befristete Sperrung von Straßen für den Autoverkehr („Schulstraßen“) und die Einrichtung von Einbahnstraßen prüfen lassen. Ampelschaltungen sind wieder konsequent auf zügige Querungsmöglichkeiten für den Fuß- und Radverkehr hin zu schalten. Nur mit konsequenten Maßnahmen wird der Durchgangsverkehr auf die Autobahnen und Bundesstraßen verwiesen.

E-Mobilität - bedarfsgerecht ausbauen

Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Dafür braucht es Ladeinfrastruktur – und die muss intelligent geplant sein.

Ein Konzept für öffentliche Ladestationen wird seit längerer Zeit vom Landkreis Harburg erarbeitet und soll in Kürze vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um ein Pilot-Vorhaben für Niedersachsen. Derzeit stehen in unserer Gemeinde bereits 23 Stationen (Stand 30.11.2025). Wir GRÜNEN wollen diese gute Ausgangslage nutzen, um den weiteren Ausbau strategisch und effizient zu gestalten.

Damit öffentliche Ladeinfrastruktur optimal funktioniert, brauchen wir zunächst einen genauen Überblick: Wo laden E-Auto-Fahrer:innen bereits heute – zu Hause, bei der Arbeit oder an bestehenden öffentlichen Stationen? Wo gibt es tatsächlich Lücken im Angebot? Eine sorgfältige Bestandsaufnahme hilft uns, die richtigen Standorte zu identifizieren und die vorhandenen Mittel gezielt einzusetzen. So schaffen wir ein Ladenetz, das wirklich genutzt wird und den Umstieg auf E-Mobilität für alle erleichtert.

Vorhandene Parkflächen besser nutzen

Große Parkflächen an Supermärkten, Baumärkten etc. sind nur zeitlich begrenzt nutzbar und stehen nachts und an Wochenenden leer. Anzustreben ist, dass es Anwohner:innen und Besucher:innen ermöglicht wird, gegen ein angemessenes Entgelt diese Parkflächen zu nutzen. Technische Lösungen dazu sind vorhanden und etabliert und könnten dazu beitragen, den wenigen freien Raum besser zu nutzen und eine Kompensation für nicht weiter entstehende Parkflächen im Wohnungsbau leisten.



Bauen und Wohnen

Bezahlbar und nachhaltig

Am 13.9.
Grün
wählen!

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss als solches für alle Menschen bezahlbar sein. Doch die Realität sieht bei uns leider anders aus:

Die Mieten sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als Löhne und Gehälter. Eine eigene Wohnung ist selbst für Menschen mit durchschnittlichen Einkommen unerschwinglich geworden. Eine grundlegende Änderung an dieser Tatsache ist leider durch bloße Kommunalpolitik unmöglich herbeizuführen. Gleichwohl haben auch wir in unserer Gemeinde Möglichkeiten, zu einer Entschärfung der Wohnungsmarktkrise aktiv beizutragen.

Aufgabe der Gemeinde ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dabei gleichzeitig sorgsam mit Grund und Boden umzugehen.

Denn Menschen, die in der Gemeinde wohnen und arbeiten, müssen in der Gemeinde eine bezahlbare Wohnung finden können.

Innenentwicklung hat absoluten Vorrang

Hierbei hat für uns die Entwicklung bereits bebauter Flächen absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich. Schonung der Freiflächen bedeutet auch, im Wohnungsbau, vor allem aber im gewerblichen Bereich dichter und höher zu bauen.

Zusätzlich muss der öffentliche Raum ansprechend gestaltet sein und die Menschen müssen sich hier sicher fühlen. Das schafft Lebensqualität und bietet einen Raum für Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass gesunde sowie lärm- und abgasarme Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren ihren erforderlichen Raum bekommen.

Der verfügbare bebaubare Platz in der Gemeinde ist knapp, eine Ausweisung von Flächen zum Bau neuer Einfamilienhäuser lehnen wir ab. Einfamilienhäuser verbrauchen viel Fläche pro Wohneinheit – und freie Flächen sind nur noch sehr begrenzt vorhanden. Mehrfamilienhäuser, Reihenhäuser und andere verdichtete Bauformen schaffen mehr Wohnraum bei geringerem Flächenverbrauch und sind demnach in jedem Fall zu bevorzugen.

Bestand aktivieren statt Flächen versiegeln

Unsere Kernforderung im Bereich der Wohnraumförderung besteht darin, dass Immobilieneigentümer:innen über Möglichkeiten informiert werden sollen, wie man bereits bebaute und versiegelte Flächen und Objekte besser nutzbar machen kann. Entsprechende Baumaßnahmen sind durch schnellere Genehmigungsverfahren, Unterstützung bei Förderanträgen, beschleunigte Verwaltungsentscheidungen sowie die Bereitstellung relevanter Informationen zu fördern.

Folgende Maßnahmen halten wir in diesem Kontext für besonders beachtenswert:

- **Lücken erkennen und füllen:** Die baulichen Lücken im Gemeindegebiet Neu Wulmstorf sind gering. Wo aber noch Freiflächen bestehen, sollten wir prüfen, ob diese groß genug für weitere Wohnungen sind. Jede geschlossene Baulücke bedeutet eine neue Wohnung ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.
- **Aufstockung prüfen:** Vorhandene Mehrgeschossbauten sollten gezielt auf eine mögliche Aufstockung geprüft werden. Viele Gebäude aus den 1950er bis 1970er Jahren sind statisch so gebaut, dass ein oder zwei zusätzliche Geschosse möglich wären. Das schafft neuen Wohnraum ohne neue Grundfläche.
- **Flächenpotenziale gewinnen:** Bereits gut verbreitet ist die Maßnahme, bestehende Flächen so auszubauen, dass diese für Wohnzwecke geeignet gemacht werden. Bekannt ist beispielsweise der Ausbau von Dachgeschosswohnungen – dieser ist im Vergleich zu Neubauten deutlich günstiger zu realisieren. Dachgeschosswohnungen nutzen bereits vorhandene Gebäude und Infrastruktur. Die Erschließung steht, die Versorgungsleitungen sind da – es fehlt nur der Ausbau.
- **Wohnflächen optimieren:** Auch in bereits bestehenden Wohnflächen kann es sinnvoll sein, bauliche Anpassungen vorzunehmen. Älteren Mitbürger:innen stellt sich das Problem, dass sie die Pflege und Erhaltung ihrer zu großen Wohnungen oder Häuser zunehmend belastet. Junge Familien brauchen und suchen ebensolche Wohnungen oder Häuser. Diese Gruppen gilt es in einem Objekttausch so zusammenzubringen, dass die möglichen Vorteile für alle dauerhaft wirksam werden. Will man sich nicht von seiner eigenen Immobilie trennen, kann man alternativ überlegen, durch eine durchdachte bauliche Raumtrennung aus einer großen Wohnung mehrere kleine zu machen, in der dann Einzelpersonen ihren Lebensunterhalt bestreiten können.
- **Neubau als letzte Alternative:** Aufgrund seiner hohen Umweltbelastung ist vor einem Abriss und Neubau sorgfältig abzuwägen, ob eine Renovierung die bessere Lösung darstellt. Abriss und Neubau verursachen riesige Mengen Bauschutt und graue Energie. Oft ist eine energetische Sanierung ökologisch und wirtschaftlich die bessere Wahl. Wo dies aber nachweislich nicht der Fall ist, stehen wir einem solchem Verfahren nicht im Weg.
- **Brach liegende Wohnungen und Flächen:** Durch gezielte Ansprache von Besitzer:innen ungenutzten Baulandes oder leer stehender Wohnungen können Hindernisse ermittelt und gegebenenfalls Hilfen zur Realisierung gegeben werden. Ist der Wille zur Umsetzung nicht erkennbar vorhanden, sollte die steuerliche

Behandlung der Objekte oder andere finanzielle Anreize geprüft werden. Leerstehende Wohnungen und unbebaute Grundstücke sind verschwendete Ressourcen. Manchmal fehlen nur Information oder Unterstützung – manchmal braucht es aber auch finanzielle Anreize, um Eigentümer:innen zum Handeln zu bewegen.

Sozial gerecht bauen – die Drittelmethode

Soweit die Gemeinde bei umfangreichen Neubauvorhaben mit städtebaulichen Verträgen Einfluss nehmen kann, sollen die Wohnflächen verpflichtend zu einem Drittel als Eigentum und zu einem Drittel als Sozialwohnungen ausgeschrieben werden. Über die Widmung des letzten Drittels entscheidet der Bauträger.

Bei der Gewichtung für neu zu erschließende Flächen sollen insbesondere Aspekte wie die oben beschriebene Drittelmethode, Umweltschutz und die Anzahl der zu erstellenden Wohnungen eine übergeordnete Rolle spielen.

Ein marktgerechter Erlös ist bei Gemeindeflächen zwar ebenfalls wichtig, darf dem Ziel einer Schaffung von erforderlichem Wohnraum zu bezahlbaren Mieten bei einer hohen Umweltverträglichkeit nicht im Weg stehen.

Soziale Mischung macht Quartiere lebendig und verhindert Segregation. Wenn Eigentum, Sozialwohnungen und frei finanzierte Mietwohnungen nebeneinander stehen, entstehen vielfältige Nachbarschaften statt sozialer Brennpunkte.

Ebenfalls fordern wir zur Art der Flächennutzung folgendes:

- **Wohnungsbaugenossenschaften fördern:** Baugrundstücke im Eigentum der Gemeinde sind primär gezielt Wohnungsbaugenossenschaften zugänglich zu machen, da diese in der Regel nicht gewinnorientiert arbeiten. Genossenschaften bauen für ihre Mitglieder, nicht für Rendite. Das führt zu dauerhaft günstigen Mieten und guter Bauqualität.
- **Erbpacht nutzen:** Das Erbpachtmodell ist grundsätzlich anstelle von Baulandveräußerungen anzustreben. Bei Erbpacht bleibt das Grundstück im Eigentum der Gemeinde – das verhindert Bodenspekulation und gibt der Gemeinde langfristig Einfluss auf die Nutzung.

Nachhaltig und klimagerecht bauen

Neue Baugebiete müssen von Anfang an nachhaltig geplant werden – ökologisch, sozial und klimagerecht.

- **ÖPNV und Sharing-Modelle:** Die verkehrstechnische Anbindung ist so zu gestalten, dass der öffentliche Personennahverkehr die neuen Wohnräume einbindet und die Einwohner:innen darüber hinaus auf Sharing-Modelle zugreifen können. Wer an Bus und Bahn angebunden ist und zugleich auf Carsharing zurückgreifen kann, braucht kein eigenes Auto. Das spart Kosten und Fläche.

- **Entgeltliche Parkplatznutzung:** Für private Fahrzeuge ist eine entgeltliche Mitnutzung von gemeindlichen Flächen und größeren Parkräumen anzustreben. Kostenlose Parkplätze sind eine Subvention des Autoverkehrs. Wer Fläche nutzt, soll dafür auch bezahlen – das schafft Anreize zum Umstieg auf andere Verkehrsmittel.
- **Parkplätze überdachen:** Parkplätze sollen mit Solarpanelen überdacht werden. Parkplätze sind versiegelte Flächen – wenn sie schon da sein müssen, sollen sie wenigstens auch Strom erzeugen und Schatten spenden können.
- **Umweltgesetze konsequent anwenden:** Gesetze, die Bauträger zu Umweltschutz verpflichten, sind stets von der Verwaltung auf deren Einhaltung zu prüfen, und darauf ist auch zu bestehen. Über das Gesetz hinausgehende Maßnahmen sind im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeinde besonders zu würdigen. Umweltstandards stehen nicht auf dem Papier zum Spaß – sie müssen auch kontrolliert und durchgesetzt werden. Bauträger, die freiwillig mehr tun, sollen belohnt werden.
- **Moorflächen schützen:** Moorflächen sind wo immer möglich durch (Wieder-)Vernässung zu erhalten und wiederherzustellen. Moore sind riesige CO₂-Speicher. Trockengelegte Moore setzen CO₂ frei – wiedervernässte Moore binden es. Auf Moorflächen darf nicht gebaut werden.
- **Grünanlagen und Bäume:** Öffentliche Grünanlagen müssen erhalten bleiben und die Zahl der innerörtlichen Bäume auf öffentlichen Flächen ist zu erhöhen. Bäume sind wichtige Schattenspender und sorgen im Sommer für die zunehmend wichtige Kühlung. Außerdem verbessern sie das Stadtbild deutlich. Besonders für ältere Mitbürger:innen wird dies zunehmend von Bedeutung sein. Der Klimawandel macht unsere Städte heißer – Grünflächen und Bäume sind die natürliche Klimaanlage.



Bildung

Chancen für alle

Am 13.9.
Grün
wählen!

Unsere Schul- und Bildungslandschaft ist von großer Vielfalt geprägt. Kinder und Jugendliche kommen mit sehr unterschiedlichen sozialen, sprachlichen, kulturellen und individuellen Voraussetzungen zusammen. Diese Vielfalt stellt Lehrkräfte und Schulen vor große Herausforderungen, bietet aber zugleich Chancen für die Zukunft der Gesellschaft.

Bildung ist Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und muss allen Menschen gleiche Chancen bieten. Neben den Ländern tragen auch Städte, Gemeinden und Landkreise Verantwortung, insbesondere für Ausstattung, frühkindliche Bildung, Schulentwicklung und Bildungsberatung.

Frühkindliche Bildung - starker Start für alle Kinder

Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für die Entwicklung. Gute Kitas sind mehr als Betreuung – sie sind Bildungseinrichtungen.

- **Kitas ausbauen und verbessern:** Wir setzen uns dafür ein, die frühkindliche Bildung in unseren Kitas zu verbessern und bedarfsgerecht auszubauen. Jedes Kind hat ein Recht auf einen guten Kita-Platz – nicht irgendeinen, sondern einen guten. Das bedeutet: ausreichend Personal, gut ausgestattete Räume und ein pädagogisches Konzept, das Kinder fördert und fordert. In Zeiten, in denen beide Elternteile arbeiten müssen oder wollen, sind Kitas unverzichtbar. Und für Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien sind Kitas oft der Schlüssel zu gleichen Bildungschancen.
- **Attraktive Arbeitsplätze für Erzieher:innen:** Kitas müssen eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher:innen haben. Deshalb müssen unsere Kitas ein attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu gehören unter anderem gut ausgestattete Personalräume und weitere Vergünstigungen für die Mitarbeiter:innen. Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen. Erzieher:innen leisten anspruchsvolle, wichtige Arbeit – sie verdienen Wertschätzung, faire Bezahlung und

gute Arbeitsbedingungen. Gut ausgestattete Personalräume, Zeit für Vor- und Nachbereitung, Fortbildungen und Supervision sind keine Luxus, sondern Voraussetzung für gute pädagogische Arbeit.

Schulen - lernfördernd und jugendgerecht gestalten

Schulgebäude sind mehr als funktionale Lernfabriken. Ihre Gestaltung beeinflusst, wie gerne Kinder zur Schule gehen und wie gut sie lernen können.

- **Räumlich lernfördernd gestalten:** Die Schulen sollen räumlich lernfördernd und jugendgerecht gestaltet werden, das gilt auch für die Außenanlagen. Moderne Pädagogik braucht moderne Räume: Gruppenarbeitsräume, Rückzugsorte, flexible Möbel, gute Akustik, ausreichend Tageslicht. Und Schulhöfe, die zum Bewegen, Spielen und Entspannen einladen – nicht nur asphaltierte Flächen mit ein paar Bänken. Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil ihres Tages in der Schule. Diese Räume müssen so gestaltet sein, dass sie sich dort wohlfühlen und gut lernen können.
- **Eltern einbinden - gute weiterführende Schulen für alle:** In Nachbargemeinden gibt es bereits erfolgreiche integrierte Gesamtschulen, die es Kindern ermöglichen, in ihrem eigenen Tempo zum für sie bestmöglichen Schulabschluss zu kommen. Wir wollen die Eltern von Grundschüler:innen frühzeitig einbinden und den Bedarf an weiterführenden Schulen in Neu Wulmstorf ergebnisoffen prüfen. Sofern in Neu Wulmstorf Bedarf an einer IGS entsteht, wollen wir diesen Prozess aktiv mit gestalten.

Inklusion - gemeinsam lernen

Inklusion bedeutet, dass alle Kinder – mit und ohne Behinderung – gemeinsam lernen können. Das ist ein Menschenrecht und zugleich eine Bereicherung für alle.

- **Inklusive Lernorte weiter ausbauen:** Die Umgestaltung unserer Schulen zu inklusiven Lernorten soll weiter vorangetrieben werden. Gleichzeitig wünschen sich nicht alle Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf für ihre Kinder die allgemeinbildende Schule. Auch diesem Anspruch wollen und müssen wir gerecht werden. Inklusion ist ein Prozess, kein Zustand. Schulen brauchen zusätzliche Ressourcen: Sonderpädagog:innen, Schulbegleitung, barrierefreie Zugänge, spezielle Materialien. Und sie brauchen Zeit und Fortbildung für die Lehrkräfte. Gleichzeitig respektieren wir, dass manche Eltern für ihr Kind eine Förderschule für die bessere Wahl halten. Beide Wege müssen möglich sein – und beide müssen gut ausgestattet sein.

Sprache – Schlüssel zur Integration

Sprache ist die Voraussetzung für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Kinder, die kein oder wenig Deutsch sprechen, brauchen gezielte Unterstützung.

- **Sprachlernklassen an allen Schulformen:** Ein wohnortnahes Angebot an Sprachlernklassen soll an allen Schulformen etabliert werden, denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Kinder und Jugendliche, die neu nach Deutschland kommen, müssen schnell Deutsch lernen – sonst haben sie keine Chance, dem Unterricht zu folgen. Sprachlernklassen bieten intensive Deutschförderung und bereiten auf die Teilnahme am Regelunterricht vor. Je schneller Kinder die Sprache lernen, desto besser können sie ihre Potenziale entfalten.

Digitale Bildung – Zukunftskompetenz für alle

Digitale Kompetenzen sind heute ebenso wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Alle Kinder müssen Zugang zu digitaler Bildung haben – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

- **Digitale Ausstattung für alle:** Mit der digitalen Ausstattung unserer Schulen und aller Schüler:innen muss ein digitales Lernen für alle möglich sein. Digitale Bildung bedeutet nicht nur, dass jedes Kind ein Tablet hat – sondern dass Lehrkräfte medienpädagogisch geschult sind, dass die technische Infrastruktur funktioniert, dass datenschutzkonforme Software zur Verfügung steht. Und es bedeutet, dass kein Kind ausgeschlossen wird, weil die Eltern sich kein Gerät leisten können. In einer digitalisierten Welt ist digitale Kompetenz eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Demokratiebildung – Zukunft unserer Demokratie

Demokratie ist nicht selbstverständlich – sie muss gelernt, gelebt und verteidigt werden. Gerade in Zeiten von Fake News und zunehmendem Rechtsextremismus ist politische Bildung wichtiger denn je.

- **Kommunaler Fördertopf für Demokratieprojekte:** Wir wollen einen kommunalen Fördertopf für Demokratieprojekte von Schüler:innen auflegen, denn unsere Demokratie ist aktuell durch Rechtsextremismus und Fake News akut bedroht. Demokratie lernt man nicht aus dem Lehrbuch, sondern durch Mitmachen. Schüler:innen, die eigene Projekte gegen Rassismus, für Vielfalt oder für Beteiligung entwickeln, lernen Demokratie in der Praxis. Ein kommunaler Fördertopf kann solche Projekte unterstützen – für Materialien, Honorare für Referent:innen, Fahrten zu Gedenkstätten oder was auch immer die Jugendlichen brauchen.

Mehrgenerationenhaus und Bildungsangebote

Bildung endet nicht mit der Schule. Lebenslanges Lernen und Begegnung zwischen den Generationen sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- **MGH Courage weiter finanzieren:** Sicherstellung der Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses (MGH) Courage auch über 2028 hinaus. Das MGH ist ein Ort der Begegnung, des Lernens und der gegenseitigen Unterstützung über Generationengrenzen hinweg. Hier finden Sprachkurse statt, Beratungsangebote, Eltern-Kind-Gruppen, Seniorentreffs und vieles mehr. Das MGH ist ein wichtiger Teil unserer sozialen Infrastruktur – seine Finanzierung muss langfristig gesichert sein.
- **KEKS weiterführen:** Fortführung der anteiligen Finanzierung der Kinder-Eltern-Kontaktstelle KEKS. Frühe Hilfen verhindern, dass aus kleinen Problemen große werden. KEKS berät Eltern bei Erziehungsfragen, vermittelt bei Konflikten und bietet niedrigschwellige Unterstützung. Wer frühzeitig hilft, spart später teure Interventionen – und vor allem: hilft Familien, bevor sie in ernsthafte Schwierigkeiten geraten.
- **Open Library einrichten:** Umgestaltung der Bücherei in eine „Open Library“, die auch außerhalb der regulären Servicezeiten geöffnet ist – also abends, am Wochenende oder sogar sonntags – und in denen Besucher:innen eigenständig Medien entleihen, zurückgeben oder einfach den Raum nutzen können. Bibliotheken sind mehr als Bücherregale – sie sind Lernorte, Treffpunkte, Rückzugsorte. Mit Selbstbedienungstechnik können sie auch dann geöffnet sein, wenn kein Personal da ist. Das macht sie zugänglicher – besonders für Menschen, die tagsüber arbeiten.



Gesundheit und Pflege

Versorgung für alle
sichern

Am 13.9.
Grün
wählen!

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Durch den demografischen Wandel steigt der Bedarf an medizinischer Betreuung, während gleichzeitig Fachkräfte fehlen. Dadurch entstehen Versorgungslücken, besonders in der Fläche.

Wir GRÜNEN setzen uns für einen gerechten, wohnortunabhängigen Zugang zur Gesundheitsversorgung ein und fördern Prävention, regionale Angebote und neue Versorgungsmodelle. Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts sein – auch in ländlichen Gemeinden wie Neu Wulmstorf muss die medizinische Versorgung sichergestellt sein.

Hochwertige Versorgung vor Ort – neue Modelle für die Zukunft

Die klassische Hausarztpraxis allein wird in Zukunft nicht mehr ausreichen. Wir brauchen innovative Versorgungsmodelle, die Fachkräftemangel abfedern und gleichzeitig die Qualität der Versorgung verbessern.

- **Medizinische Versorgungszentren: Zusammenarbeit unter einem Dach –** Medizinische Versorgungszentren in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft, in denen verschiedene Fachrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten. Für Patient:innen bedeutet das: kurze Wege, bessere Abstimmung zwischen den Ärzt:innen, alle Befunde an einem Ort. Für Ärzt:innen bedeutet es: kollegialer Austausch, geteilte Verwaltung, bessere Work-Life-Balance. Kommunale oder gemeinnützige Trägerschaft stellt sicher, dass medizinische Erwägungen Vorrang vor Gewinnstreben haben.
- **Regionale Gesundheitszentren: Umfassende Versorgung aus einer Hand –** Regionale Gesundheitszentren, die ambulante, teilstationäre, pflegerische und

präventive Angebote bündeln. Gesundheit ist mehr als die Behandlung von Krankheiten. Prävention, Rehabilitation und Pflege gehören zusammen – und sollten auch räumlich zusammengedacht werden. Ein Gesundheitszentrum, das all diese Angebote vereint, macht Versorgung effizienter und patient:innenfreundlicher.

- **Mobile Praxen und Gesundheitsbusse: Versorgung zu den Menschen bringen** – Mobile Praxen und Gesundheitsbusse, die die Versorgung dorthin bringen, wo die Menschen leben. Nicht alle können mobil zur Arztpraxis fahren – ältere Menschen, Menschen ohne Auto, Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Mobile Praxen kommen zu ihnen und stellen sicher, dass auch sie medizinische Versorgung erhalten.
- **Gemeinde-Notfallsanitäter:innen: Erste Ansprechpartner:innen vor Ort** – Gemeinde-Notfallsanitäter:innen, die Hausärzt:innen unterstützen und als erste Ansprechpartner:innen wirken. Bei vielen gesundheitlichen Problemen braucht es nicht sofort einen Arztbesuch – qualifizierte Sanitäter:innen können eine erste Einschätzung vornehmen, einfache Behandlungen durchführen und entscheiden, ob ärztliche Hilfe nötig ist. Das entlastet die Ärzt:innen und beschleunigt die Versorgung.
- **Telemedizin nutzen: Digitale Unterstützung für bessere Versorgung** – Telemedizinische Angebote, Videosprechstunden und digitale Gesundheitsassistenten, die auch über größere Distanzen die Betreuung von Patient:innen sicherstellen können. Nicht jedes Anliegen erfordert einen Praxisbesuch. Videosprechstunden sparen Zeit und Wege – besonders für chronisch kranke Menschen mit regelmäßigen Kontrollbesuchen. Digitale Assistenten können bei der Medikamenteneinnahme erinnern oder Vitalwerte überwachen.
- **Physician Assistants einsetzen: Brücke zwischen Ärzt:innen und Patient:innen** – Förderung des Einsatzes von „Physician Assistants“ (PA) als Brücke zwischen Ärzt:innen und Patient:innenversorgung. Physician Assistants sind akademisch ausgebildete Fachkräfte, die Ärzt:innen bei Diagnose und Therapie unterstützen können. Sie führen Untersuchungen durch, erstellen Behandlungspläne und übernehmen Routineaufgaben – unter ärztlicher Aufsicht. Das schafft mehr Zeit für die Patient:innen und macht den Arztberuf attraktiver.

Notfallversorgung und Rettungsdienst – schnell und koordiniert

Für uns GRÜNE ist eine gut funktionierende und wirtschaftliche Notfall- und Akutversorgung ein zentraler Bestandteil des Gesundheitssystems. Gleichzeitig führt eine zunehmend unkoordinierte Nutzung von Bereitschaftsdiensten und Notaufnahmen zu Überlastungen und langen Wartezeiten, besonders für akut hilfsbedürftige Patient:innen.

- **Zentrale Patient:innensteuerung: Notfälle besser koordinieren** – Die primäre Patient:innensteuerung für die Erstversorgung muss über eine zentrale Leitstelle gesteuert werden. Dafür müssen die integrierten Notfallzentren mit

telemedizinischen Angeboten, der KV-Hotline 116-117 und der Notfallnummer 112 vernetzt werden. Viele Menschen sind unsicher: Notaufnahme oder Bereitschaftsdienst? 112 oder 116-117? Eine zentrale Leitstelle kann einschätzen, wie dringend ein Fall ist und die Patient:innen zur richtigen Stelle lotsen. Das verhindert Überlastung der Notaufnahmen und stellt sicher, dass wirklich dringende Fälle schnell behandelt werden.

- **Ersthelfer:innen-App: Lebensrettung durch Nachbarschaftshilfe** – Die flächendeckende Einführung einer Ersthelfer:innen-App, die professionell geschulte Freiwillige alarmiert und direkt zum Ort des Notfalls lotst, damit sie dort bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes lebensrettende Hilfe leisten können. Bei Herzstillstand zählt jede Minute. Bis der Rettungswagen eintrifft, können fünf oder zehn Minuten vergehen – oft zu lange. Eine Ersthelfer:innen-App alarmiert geschulte Freiwillige in der Nähe, die sofort mit der Wiederbelebung beginnen können. Das rettet Leben.
- **Psychische Notfälle ernst nehmen: Nicht stigmatisierende Notfallversorgung** – Für Menschen mit Depressionen oder anderen psychischen Erkrankungen eine Notfallversorgung sicherstellen, die ihre Situation ernst nimmt und nicht stigmatisiert. Psychische Krisen sind echte Notfälle – sie werden aber oft nicht so behandelt. Menschen in psychischen Krisen brauchen schnelle, professionelle und einfühlsame Hilfe, keine Vorurteile oder Verständnislosigkeit.

Pflegerische Versorgung – selbstbestimmt leben im Alter

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ist angesichts des demografischen Wandels eine der zentralen sozialpolitischen Aufgaben. Dabei setzen wir auf Prävention sowie den Erhalt und den Ausbau bestehender pflegerischer Angebote.

Unser Ziel ist es, den Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zuhause zu ermöglichen.

- **Pflegetisch Neu Wulmstorf: Bedarfe gemeinsam ermitteln** – Wir setzen uns für bedarfsgerechte Unterstützungsangebote vor Ort ein, die von einem „Pflegetisch Neu Wulmstorf“ gemeinsam mit allen Akteuren im Bereich der Pflege ermittelt werden. Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegedienste, Ärzt:innen, Kassen – sie alle haben unterschiedliche Perspektiven auf die Pflege. Ein Pflegetisch bringt sie zusammen, ermittelt Lücken in der Versorgung und entwickelt gemeinsam Lösungen.
- **Zuhause bleiben ermöglichen: Beratung für den Verbleib zuhause** – Wir unterstützen Beratungsangebote, die den Verbleib in den eigenen vier Wänden fördern. Die meisten Menschen wollen im Alter in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Mit der richtigen Unterstützung – häusliche Pflege, Essen auf Rädern, Hausnotruf, Wohnraumanpassung – ist das oft möglich. Gute Beratung zeigt Möglichkeiten auf und hilft, die richtigen Hilfen zu finden.
- **Barrierefreiheit vorantreiben: Gemeinde barrierefrei gestalten** – Wir treiben die Barrierefreiheit unserer Gemeinde weiter voran. Barrierefreiheit ist nicht nur für

Rollstuhlfahrer:innen wichtig, sondern für alle Menschen mit eingeschränkter Mobilität – auch für Menschen mit Rollator, Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit Sehbehinderung. Barrierefreie öffentliche Gebäude, abgesenkte Bordsteine, taktile Leitsysteme – all das ermöglicht Teilhabe.

- **Entlastung für pflegende Angehörige: Kurzzeitpflege und gerontopsychiatrische Einrichtungen** – Wir sehen einen hohen Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen und gerontopsychiatrischen Pflegeeinrichtungen unter anderem zur Entlastung pflegender Angehöriger und unterstützen deren Ausweitung im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wer Angehörige pflegt, leistet Enormes – oft rund um die Uhr, oft über Jahre. Kurzzeitpflege ermöglicht Verschnaufpausen: für Urlaub, zur Erholung oder wenn die pflegende Person selbst erkrankt. Menschen mit Demenz brauchen oft spezialisierte Betreuung – gerontopsychiatrische Einrichtungen sind dafür ausgestattet.
- **Heimaufsicht stärken: Beratungsauftrag wahrnehmen** – Wir wollen dafür eintreten, dass die Heimaufsicht in die Lage versetzt wird, ihren Beratungsauftrag für Bewohner:innen, Angehörige, Mitarbeiter:innen und die Einrichtungen selbst stärker wahrzunehmen. Heimaufsicht ist nicht nur Kontrolle, sondern auch Beratung. Bei Problemen soll sie vermitteln, Verbesserungen anstoßen und Bewohner:innen schützen. Dafür braucht sie ausreichend Personal und Zeit.
- **Pflegeberichte fortschreiben: Regelmäßige Evaluation** – Wir wollen sicherstellen, dass die vom Land vorgeschriebenen örtlichen Pflegeberichte regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden. Pflegeberichte zeigen, wo Lücken in der Versorgung sind und wo Handlungsbedarf besteht. Nur wenn sie regelmäßig aktualisiert werden, können sie Grundlage für politische Entscheidungen sein.



Soziales

Zusammenhalt stärken

Am 13.9.
Grün
wählen!

Die soziale Ungleichheit nimmt zu, und Einkommen sowie Vermögen sind immer ungleicher verteilt. Besonders betroffen von Armut sind benachteiligte Gruppen wie Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen, chronisch Kranke, Personen mit Migrationsgeschichte sowie zunehmend Selbstständige und ältere Menschen.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, niedrige Löhne und Langzeitarbeitslosigkeit führen oft zu sozialer Ausgrenzung. Steigende Mieten und fehlender bezahlbarer Wohnraum verschärfen die Situation und erhöhen die Zahl wohnungsloser Menschen.

Kommunalpolitik kann Armut zwar nicht verhindern, aber ihre Folgen durch Beratungs- und Unterstützungsangebote abmildern.

Gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit

Eine solidarische Gesellschaft duldet keine Ausgrenzung. Wir stellen uns aktiv gegen jede Form von Diskriminierung.

- **Zivilgesellschaft unterstützen: Engagement gegen Hass fördern** – Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellen. Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger:innen. Initiativen, die sich für Vielfalt und gegen Hass einsetzen, leisten unverzichtbare Arbeit – oft ehrenamtlich und mit wenig Ressourcen. Sie verdienen unsere Unterstützung und Anerkennung. Wir würdigen ausdrücklich den Einsatz der Kirchen- und Moscheegemeinden für Vielfalt und Integration und sehen diese als wichtige Partner für die Gestaltung einer vielfältigen und toleranten Gesellschaft.

Hilfe in Notlagen

Menschen in schwierigen Lebenslagen brauchen unbürokratische Unterstützung und professionelle Beratung.

- **Beratungsstellen ausbauen: Professionelle Hilfe vor Ort** – Wir wollen in enger Zusammenarbeit Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind, ausbauen. Dazu gehören vor allem Arbeitslosen-, Schuldner:innen- und Suchtberatung. Arbeitslosigkeit, Schulden oder Sucht sind keine Schande – sie können jeden treffen. Professionelle Beratung hilft, Wege aus der Krise zu finden. Frühe Hilfe verhindert oft, dass Probleme sich verschlimmern.
- **Soziale Einrichtungen stärken: Haushaltsmittel erhöhen** – Wir sorgen dafür, dass die Haushaltsmittel für die sozialen Einrichtungen unserer Gemeinde erhöht werden. Soziale Arbeit ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Beratungsstellen, Tafeln, Kleiderkammern, Begegnungsstätten – all diese Einrichtungen brauchen verlässliche Finanzierung. Wer hier spart, zahlt später drauf – durch höhere Folgekosten und menschliches Leid.
- **Obdachlosigkeit verhindern: Notunterkünfte und dezentrale Unterbringung** – Wir wollen zusätzliche Notunterkünfte zur Vermeidung von Obdachlosigkeit einrichten und dafür sorgen, dass für besonders gefährdete Menschen wie Familien mit Kindern und Frauen Wohnmöglichkeiten außerhalb einer zentralen Unterbringung eingerichtet werden. Niemand sollte auf der Straße schlafen müssen. Notunterkünfte sind wichtig – aber nur ein erster Schritt. Besonders vulnerable Gruppen wie Familien mit Kindern oder Frauen, die vor Gewalt fliehen, brauchen geschützte, dezentrale Unterbringung. Massenunterkünfte sind weder würdig noch sicher.
- **Schutz vor Gewalt gegen Frauen: Frauenhaus und Beratungsstelle** – Wir fordern besseren Schutz vor Gewalt gegen Frauen, indem ein Frauenhaus und/oder Schutzräume geschaffen werden, sowie eine gut ausgestattete Beratungsstelle. Jede dritte Frau in Deutschland erlebt mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexualisierte Gewalt. Betroffene brauchen sofortigen Schutz und professionelle Unterstützung. Frauenhäuser retten Leben – ihre Finanzierung darf nicht zur Verhandlungssache werden.

Freizeit, Kultur, Vereine – Lebensqualität und Zusammenhalt

Kultureinrichtungen sind wichtige Orte demokratischen Zusammenlebens und stärken durch ihre Vielfalt Städte und ländliche Räume. Kunst und Kultur machen Regionen attraktiv und sind bedeutende Standortfaktoren für Menschen und Unternehmen. Grüne Kulturpolitik fördert daher sowohl große Institutionen als auch kleinere, ehrenamtlich getragene Kulturangebote gleichwertig.

- **Vereine erhalten und unterstützen: Ehrenamt würdigen** – Wir setzen uns für den Erhalt und die Unterstützung unserer großen Anzahl von Vereinen ein. Sportvereine, Musikvereine, Heimatvereine, Naturschutzvereine – sie alle prägen das

Leben in Neu Wulmstorf. Sie bieten Gemeinschaft, fördern Talente, stiften Identität. Das meiste geschieht ehrenamtlich. Diese Arbeit verdient Anerkennung und Unterstützung – durch Räume, Zuschüsse, Beratung.

- **Freibad als Naturbad erhalten: Ökologisch und nachhaltig** – Wir setzen uns für den Erhalt des Freibades durch Umwandlung in ein Naturbad ein, um Umwelt und Gesundheit zu schonen, Biodiversität zu fördern und langfristig Betriebskosten zu senken. Freibäder sind mehr als Schwimmbecken – sie sind Treffpunkte, Orte der Erholung, wichtig für Gesundheit und Lebensqualität. Naturbäder verzichten auf Chlor und intensive Technik, reinigen das Wasser auf biologischem Weg. Das ist gut für die Gesundheit (keine Chlorbelastung), gut für die Umwelt (keine Chemikalien) und gut für die Gemeindekasse (niedrigere Betriebskosten). Und sie sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Migration und Integration – Vielfalt ist unsere Stärke

Migration und Vielfalt sind längst Teil unserer Gemeinde. Nur wenn wir als Einwanderungsland attraktiv sind, können wir die kommenden Herausforderungen meistern. Die Ergebnisse des jüngsten Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (2025) sind erschreckend:

Mehr als ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat gefestigte rassistische Einstellungen. Und für rassistisch markierte Menschen gehört Diskriminierung leider zum Alltag. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Das Chancenaufenthaltsrecht muss verstärkt vor Ort zum Motor für gelingende Integration werden – zum Spurwechsel. Das kann nur gelingen, wenn Verfahren vor Ort klar, transparent und mit ausreichend Personal umgesetzt werden.

- **Migrationsberatung stärken: Willkommen in Neu Wulmstorf** – Wir unterstützen die Migrationsberatung im MGH Courage und das Netzwerk „Willkommen in Neu Wulmstorf“. Ankommen in einem neuen Land ist schwer: fremde Sprache, unbekannte Behörden, andere Regeln. Migrationsberatung hilft bei all diesen Fragen – von Aufenthaltstiteln über Anerkennung von Abschlüssen bis zur Wohnungssuche. Das Netzwerk „Willkommen in Neu Wulmstorf“ schafft Begegnung und Gemeinschaft.
- **Antidiskriminierung als Aufgabe der Kommune: Unabhängige Beratung aufbauen** – Antidiskriminierungsarbeit ist Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Unabhängige Antidiskriminierungsstellen müssen aufgebaut und verstetigt werden. Ihre langfristige Finanzierung und Einbindung in lokale Netzwerke stellen wir sicher. Wir fördern entschlossen antirassistische Initiativen und Antirassismus-Programme. Wer Diskriminierung erlebt, braucht eine Anlaufstelle: unabhängig, kompetent, vertraulich. Antidiskriminierungsberatung dokumentiert Diskriminierung, unterstützt Betroffene und entwickelt Präventionsstrategien.
- **Mehrsprachige Verwaltung: Barrierefreie Kommunikation** – Mehrsprachige und barrierearme Kommunikation in einfacher Sprache soll in unseren Verwaltungen

Standard werden. Das betrifft auch deren Webseiten. Apps wie zum Beispiel die Integreat-App oder andere mobile, mehrsprachige Willkommens- und Serviceportale bieten Neuankommenden Orientierung und vereinfachen den Zugang zu Angeboten. Verwaltungssprache ist oft kompliziert – auch für Menschen, die hier geboren sind. Für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen ist sie eine unüberwindbare Hürde. Einfache Sprache und mehrsprachige Angebote sind keine Geste, sondern Voraussetzung für gleichberechtigten Zugang zu Verwaltungsleistungen.

- **Schulungen gegen Diskriminierung: Vielfalt als Normalität** – Regelmäßige Schulungen für Beschäftigte in Verwaltung, Schulen und Ordnungsdiensten helfen, Diskriminierung abzubauen und Vielfalt als Normalität in kommunalen Strukturen zu verwurzeln. Das werden wir sicherstellen. Diskriminierung ist oft nicht böse Absicht, sondern unbewusste Vorurteile oder fehlendes Wissen. Schulungen sensibilisieren, zeigen Perspektiven auf und vermitteln Handlungssicherheit im Umgang mit Vielfalt.
- **Integrationsbeauftragte stärken: Ressourcen und Gestaltungsspielräume** – Wir wollen Integrationsbeauftragte stärken – sie brauchen Planungssicherheit, ausreichende Ressourcen und echte Gestaltungsspielräume. Integrationsbeauftragte sind Mittler:innen zwischen Verwaltung und zugewanderten Menschen. Sie beraten, vermitteln, initiieren Projekte. Das geht nur, wenn sie nicht zwischen Tür und Angel arbeiten, sondern mit ausreichend Zeit, Budget und Befugnissen ausgestattet sind.
- **Sprache als Schlüssel zur Teilhabe: Niedrigschwellige Sprachkurse** – Sprache ist einer der Schlüssel zur Teilhabe. Sprach- und Integrationskurse sollten niedrigschwellig, alltagsnah und auf die Lebensrealität der Teilnehmenden abgestimmt sein. Mehrsprachigkeit ist Teil der kommunalen Realität und sollte in Kitas, Schulen, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen als Stärke sichtbar werden. Deutsch zu lernen braucht Zeit und gute Angebote. Kurse müssen erreichbar sein (örtlich und zeitlich), kinderfreundlich (mit Betreuung) und lebensnah (nicht nur Grammatik, sondern Alltagssituationen). Mehrsprachigkeit ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung – in Kitas fördern mehrsprachige Erzieher:innen die Sprachentwicklung aller Kinder.
- **Migrantische Selbstorganisationen einbinden: Expertise nutzen, Beteiligung ermöglichen** – Migrantische Selbstorganisationen leisten wertvolle Arbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Beteiligung und Einbringung der Expertise in Ausschüssen, Beiräten, Integrationsräten und politischen Prozessen sowie eine angemessene Förderung möchten wir gewährleisten. Bei steigendem Bedarf passen wir Infrastruktur an und schaffen Räume, damit Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gedeihen können. Migrantische Vereine kennen die Bedarfe ihrer Communities am besten. Sie vermitteln, übersetzen (sprachlich und kulturell), organisieren. Ihre Arbeit muss in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden – durch Sitze in Gremien und durch angemessene finanzielle Förderung.
- **Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten: Ankommen statt separieren** – Wir bauen die dezentrale, kleinteilige Unterbringung von Geflüchteten weiter aus: Statt Asylsuchende zu separieren, fördert dieser Ansatz ihr Ankommen in der Gemeinde. Gleichzeitig müssen verbindliche Standards in Gemeinschaftsunterkünften gelten – Privatsphäre, Beratung, Freizeitangebote und psychosoziale Unterstützung sind dabei zentral. Die Einhaltung von Schutzkonzepten

für vulnerable Gruppen wie geflüchtete Kinder, unbegleitete Minderjährige, Frauen, LSBTIQ*-Personen sowie Menschen mit Behinderung erhält unsere besondere Aufmerksamkeit. Wer in Massenunterkünften am Stadtrand untergebracht ist, bleibt isoliert. Integration gelingt in der Nachbarschaft: durch Begegnungen beim Einkaufen, auf dem Spielplatz, im Verein. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen macht das möglich. Wo Gemeinschaftsunterkünfte nötig sind, müssen sie menschenwürdig sein – mit Privatsphäre, Schutz vor Gewalt, Zugang zu Bildung und Beratung.

■ **Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete: Trauma-sensible Unterstützung**

– Vielerorts ist die psychosoziale, medizinische und therapeutische Versorgung von Geflüchteten mit psychischen Erkrankungen noch völlig unzureichend. Einrichtungen, die niedrigschwellige, mehrsprachige Unterstützung für traumatisierte Menschen bieten, müssen ausgebaut und verlässlich finanziert werden. Viele Geflüchtete haben Krieg, Verfolgung, Folter erlebt. Sie sind traumatisiert und brauchen therapeutische Hilfe. Doch der Zugang ist oft versperrt: Sprachbarrieren, ungeklärter Aufenthaltsstatus, fehlende Therapieplätze. Spezialisierte Einrichtungen mit mehrsprachigen, trauma-erfahrenen Fachkräften können helfen – wenn sie ausreichend finanziert werden.

■ **Politische Bildung für zugewanderte Menschen: Teilhabe ermöglichen –**

Politische Bildung für zugewanderte Menschen – etwa durch Workshops zu Beteiligung, Parteiendemokratie und kommunalen Strukturen – möchten wir stärken. Wie funktioniert Demokratie in Deutschland? Wie kann ich mich einbringen? Was macht die Gemeinde, was das Land? Viele dieser Fragen sind selbst für hier Geborene nicht leicht zu beantworten. Für zugewanderte Menschen ist das politische System oft völlig fremd. Politische Bildung erklärt Strukturen und ermutigt zur Teilhabe.



Finanzen und Wirtschaft

Solide und

zukunftsorientiert

Am 13.9.
Grün
wählen!

Finanzen und Wirtschaft stehen im engen Austausch: Eine starke Wirtschaft bedeutet eine gute Finanzlage in der Gemeinde. Und von einer guten Finanzlage profitiert auch die Wirtschaft.

Beides ist in Neu Wulmstorf allerdings nur bedingt gegeben: Die Wirtschaft schwächelt und die Finanzen werden nur durch den Verkauf einer stetig kleiner werdenden Anzahl von Gemeindeflächen über Wasser gehalten.

Wir wollen nicht so tun, als wüssten wir einen klaren und einfachen Ausweg aus der Situation. Wir können aber bestimmen, wo wir bei Kürzungen rote Linien setzen oder sogar etwas zusätzliches Geld in die Hand nehmen wollen – um Neu Wulmstorf noch lebenswerter zu machen.

Grüne Finanzpolitik in Neu Wulmstorf

Die Finanzlage unserer Gemeinde ist – wie in den anderen Kommunen Deutschlands auch – klamm. Grund hierfür sind eine Vielzahl von nicht durch die Gemeinde beeinflussbaren Faktoren:

- Eine hohe Zahl von neuen Aufgaben und Kosten für die Gemeinden durch Bund und Länder, ohne eine ausreichende Kostendeckung zu gewährleisten.
- Der deutliche Kostenanstieg bei – nicht infrage zu stellenden – sozialen Leistungen ohne Ausgleich durch höhere Förderungen.
- Die schwächelnde Konjunktur der Wirtschaft in der Gemeinde.

Viele Bürger:innen – auch in Neu Wulmstorf – merken die allgemeinen Kostensteigerungen am eigenen Leib. Dies ist bei einer klugen Finanzpolitik zu beachten.

Aspekte wie eine Akzeptanzabgabe bei Bau von Wind- und Solaranlagen können hier einen ersten Schritt darstellen.

Folgende finanzpolitischen Ziele stehen dadurch für uns im Vordergrund:

- **Mehrbelastungen vermeiden:** Die Gemeinde hat über den Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesatz zwei zentrale Anlaufstellen, um mehr Einnahmen zu generieren. Eine Erhöhung von beiden kommt für unseren grünen Ortsverband allerdings nur als letzte Maßnahme vor einem Haushaltssicherungskonzept in Frage: Der Grundsteuerhebesatz berücksichtigt die individuellen finanziellen Möglichkeiten der Einwohner:innen nicht und trifft Menschen mit geringem Einkommen besonders – insbesondere, da diese an die Mieter:innen durchgereicht werden können. Und der Gewerbesteuerhebesatz kann den Standort Neu Wulmstorf (420%) leicht gegenüber Hamburg (470%) unattraktiv machen. Unternehmen suchen sich ihren Standort auch nach der Steuerlast aus – wenn wir hier zu stark erhöhen, verlieren wir Betriebe und damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.
- **Freiwillige Leistungen schützen:** Der Anteil, den freiwillige Leistungen an den gesamten Kosten der Gemeinde einnimmt, ist äußerst gering. Dafür aber extrem wirkungsvoll! Aufgrund der Lage am nördlichen Zipfel des Kreisgebietes, der auch nur bedingt eine Anbindung an andere Kreisgebiete über den ÖPNV ermöglicht, ist es wichtig, eine Grundausrüstung an Angeboten auch vor Ort anzubieten. Hierzu gehören unter anderem die Kinder-Eltern-Kontaktstelle oder die Bücherei. Eine Reduzierung des Umfangs oder eine Streichung von freiwilligen Geldern würde Menschen, die akut Hilfe brauchen, mehr belasten als notwendig und zugleich das kulturelle Angebot der Gemeinde senken. Wer hier spart, spart am falschen Ende – die wenigen Euros, die in solche Leistungen fließen, machen den Unterschied zwischen einer lebendigen Gemeinde und einer reinen Verwaltungseinheit aus.
- **Flächenverkauf mit Sinn:** Die Zahl der Flächen, über die die Gemeinde noch verfügt, ist begrenzt. Die Zahl dieser, die dazu auch noch entwickelt werden können, ist umso kleiner. Wenn Flächen verkauft werden, dann sollte dies nicht dazu dienen, den Haushalt etwas länger am Leben zu erhalten, sondern insbesondere dazu, Investitionen in Bereiche zu fördern, die den Ort wirtschaftlich und kulturell voranbringen. Gemeindeflächen sind endlich – jede verkaufte Fläche kann nur einmal verkauft werden. Deshalb müssen wir strategisch vorgehen: Verkäufe sollten an Bedingungen geknüpft werden (bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeitsplätze, Klimaschutz) und die Einnahmen in zukunftsfähige Projekte investiert werden, nicht in laufende Kosten. Wie beim Ulmer Modell sollten Grundstücksverkäufe so gestaltet werden, dass sie nicht der Spekulation dienen und die Gemeinde bei einer Nicht-Realisierung ein Rückkaufsrecht zum Verkaufspreis erhält.
- **Neue Einnahmequellen erschließen:** Wind- und Solaranlagen bringen durch die Akzeptanzabgabe Geld in die Gemeinde. Dieses Geld wollen wir gezielt für freiwillige Leistungen einsetzen. Jede Windkraftanlage bringt ca. 30.000 Euro pro Jahr, jede große Photovoltaikanlage ca. 10.000 Euro. Das sind keine riesigen Summen, aber sie können den Unterschied machen – für unser Freibad, für Vereinsförderung, für Klimaanpassungen. Dieses Geld kommt ohne Steuererhöhung in die Kasse und belastet niemanden.

- **Förderfähige Projekte starten:** Durch das Sondervermögen Infrastruktur und den Klimatransformationsfonds stehen in vielen Bereichen Fördergelder zur Verfügung. Die Gemeinde muss ihre Planung strategisch darauf ausrichten, derartige Förderungen zu beantragen und auch zu erhalten. Für den Umbau des Freibads, die Energiewende, die Sanierung öffentlicher Gebäude oder den Rückbau der B73 nach Fertigstellung der A26.

Grüne Wirtschaftspolitik in Neu Wulmstorf

Wer durch die Straßen der Gemeinde geht, stellt fest, dass die Zahl der Läden, die als Einzelunternehmer:innen geführt werden oder zu einer kleinen spezialisierten Kette gehören, abgenommen hat. Wo früher praktische Bio- und Unverpackt-Läden standen, wo vollgestellte Schreibwarenläden waren oder charmante Krims-Krams-Läden ihre Türen geöffnet hatten, findet man heutzutage entweder leergeräumte Räume oder die x-te Filiale einer bekannten Weltmarke.

Das ist schade, da nicht nur der Finanzhaushalt, sondern auch das Dorfbild von solchen Läden gelebt hat.

Um Unternehmen hier im Ort zu unterstützen, sind dies unsere Kernforderungen:

- **Strategische Vergabe der Gewerbeflächen bei Elstorf:** Die zwei Wirtschaftsgebiete im Nordwesten und Südosten von Elstorf werden wahrscheinlich in der nächsten Legislaturperiode an Unternehmen ausgeschrieben. Dies ist auch notwendig, da es quasi unmöglich geworden ist, als Unternehmen innerhalb von Neu Wulmstorf zu wachsen. Bei der Auswahl hat die lokale Politik ein großes Mitspracherecht bei der Entscheidung, welche Unternehmen hierbei den Zuschlag bekommen. Unsere Stimmen werden insbesondere davon abhängig sein, inwieweit das Unternehmen bereits in Neu Wulmstorf etabliert ist, mit welchen zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen zu rechnen ist und wie gut das Unternehmen sich für eine gute Zukunft insbesondere durch Klimaschutz einsetzt. Wer hier ansässig ist und wachsen will, soll auch die Chance dazu bekommen – das bindet Unternehmen an Neu Wulmstorf und sichert bestehende Arbeitsplätze. Gleichzeitig wollen wir gezielt Unternehmen fördern, die dies umweltverträglich tun und durch eine gute Arbeitsplatzqualität glänzen.
- **Ausweisung neuer Gewerbeflächen:** Sollte eine Ausweisung von weiteren Gewerbegebieten durch den restlichen Rat angedacht werden, so werden wir diesem nicht im Weg stehen. Wir werden aber darauf Einfluss nehmen, dass diese Planung flächentechnisch schonend, mit gutem Umwelt-Ausgleich und wirtschaftlich sinnvoll erfolgt.
- **Kleine Unternehmen fördern:** Für Neugründer:innen und kleinere Unternehmen hat die Gemeinde über die Kooperation mit der WLH bereits ein gutes, grundlegendes Angebot geschaffen. Alle Neugründer:innen werden von diesen angeschrieben und in Gründungsprozessen sowie in der Geschäftsführung aktiv unterstützt. Diese und weitere Angebote sind regelmäßig zu bewerben, damit Unternehmen stark gegründet werden, stabil wachsen können und auch wissen, dass sie in Krisenzeiten nicht allein gelassen werden. Eventuell wachsen sie sogar so weit,

dass sie die Gemeindegrenzen sprengen, aber dem Ursprungsort aufgrund ihrer Historie treu bleiben. Viele gute Geschäftsideen scheitern nicht an der Idee selbst, sondern an fehlendem Know-how in Buchhaltung, Marketing oder Finanzierung. Die WLH hilft genau da – und je mehr Gründer:innen davon wissen, desto mehr werden das Angebot nutzen.

- **Förderung von mittleren Unternehmen:** Wo kleine Unternehmen Stabilität und Unterstützung brauchen, brauchen mittlere Unternehmen Infrastruktur und Wachstumspotenziale. Ersterem haben wir mit dem Kapitel zur Mobilität einen eigenen Abschnitt gewidmet, letzteres soll durch das Gewerbegebiet in Elstorf ermöglicht werden, indem bereits ortsansässige Unternehmen bei der Ausweisung der neuen Flächen bevorzugt werden. Mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft – sie schaffen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, zahlen Gewerbesteuer und sind oft über Generationen hier verwurzelt. Wenn sie wachsen wollen, aber keine Fläche finden, ziehen sie weg – das dürfen wir nicht zulassen.
- **Konzepte für die Zukunft:** Wenn Unternehmen einen umweltfreundlichen oder sogar -verbessernden Unternehmensgegenstand haben und/oder aktiv zur Weiterentwicklung des Ortes beitragen, soll dies von Rat und Verwaltung auch besonders gewürdigt und unterstützt werden. Beispiele können sein: Co-Working-Spaces, mobiles Arbeiten oder umweltbezogene Beratungsleistungen. Die Arbeitswelt wandelt sich: Homeoffice, Co-Working, digitale Geschäftsmodelle. Die Unternehmen, die hier Vorreiter sind und im besten Fall auch Lösungen für die Klimakrise entwickeln, verdienen besondere Unterstützung – durch schnellere Genehmigungen, günstige Gewerbeflächen oder aktive Vermittlung.